

VOSSISCHE ZEITUNG
WOCHEN-AUSGABE
VERLAG ULLSTEIN
BERLIN ULLSTEINHAUS

Ausland-Ausgabe

Nr. 36

Berlin, Sonnabend den 8. Oktober 1921

Preis der Nummer
2 Mark

Abrüstungs-Theorien

Frankreichs guter Wille

Wochenlang tagte die Vollversammlung des Völkerbundes in der Calvinistenstadt am Genfer See. Die Entscheidung über Oberschlesien reifte im Schosse eines Viererausschusses heran, während das Plenum eine gewaltige Fülle der verschiedensten Probleme erörterte, ohne das Bewusstsein verliessen zu können, dass die Mächte der Erde von den Resolutionen und Reden in Genf nur so weit Notiz zu nehmen entschlossen sind, als es in den Rahmen ihrer Absichten passt.

Die Erörterung über die Rüstungsfragen trug zunächst einen besonders „akademischen“ Charakter. Gerade auf diesem Gebiet, das sich trefflich zu allerhand Manövern eignet, um die eigene Rüstung als notwendig, die des Gegners als herausfordernd und gefährlich hinzustellen, könnte eine überstaatliche Autorität wirklich den allergrössten Segen stiften. Aber nirgends sind auch die Hemmungen grösser, die Widerstände der starken Interessentengruppen, die die Rüstung um und um willig lieben, hartnäckiger und bedenklicher. Um so grösser war die Überraschung, als der Vertreter Frankreichs in der Sitzung am 1. Oktober eine Rede hielt, die mit allerhand Vorbehalten, aber doch mit einer die Hörer ergreifenden Wärme die „Abrüstungsbereitschaft“ Frankreichs ankündigte.

Die grossen Militärmächte

Nach einer Statistik, die als Vorarbeit für die Washingtoner Konferenz angefertigt wurde, ist Frankreich im allgemeinen die weitaus grösste Militärmacht der Welt. Die Ziffer von 1 034 000 Soldaten, die es am 1. September unter den Waffen hatte, wird zwar von China angeblich übertroffen, dem man 1 370 000 Soldaten nachsagt, aber diese letztere Ziffer, vorausgesetzt, dass sie überhaupt irgend einen Wert hat, bedeutet alles andere als eine Machtenfaltung. In China fehlt ganz der Firsorge der Mächte, die sich um das gewaltige Reich der Mitte „bemühen“, jede wirkliche Zentralgewalt, und die „Truppen“ sind damit beschäftigt, sich gegenseitig zu bekämpfen oder sich durch Plünderungen für den fehlenden Sold schadlos zu halten. Die französische Truppenmacht steht demnach konkurrenzlos da. Erst in weitem Abstand folgt England mit 740 000 Mann. Russland wird mit 538 000, Polen mit 450 000, Griechenland mit 255 000, Spanien mit 253 000, die Schweiz mit 170 000, die Türkei mit 150 000, die Tschechoslowakei mit 150 000 Mann angegliedert, an vorletzter Stelle kommen die Vereinigten Staaten, und den allerletzten Rang nimmt Deutschland ein mit seinen 100 000 Mann und der Beschränkung an Wagen und Gerät, die der Friedensvertrag ihm auferlegt hat.

Friedens-Gendarm

Der französische Delegierte in Genf, Noblemaire, erklärte die mächtige Rüstung, die Frankreich noch mit sich schleppt, durch die ihm auferlegte Rolle, den „Gendarmen“ der Friedensverträge zu spielen. Diese Rolle ist die undankbarste von allen. „Friedensverträge“, die zu ihrer Erfüllung ein Aufgebot von „Gendarmen“ nötig machen, verdienen nicht diesen Namen. Der französische Delegierte hat eine Reihe von Vorbehalten bezüglich Deutschlands gemacht. Nach seinen Angaben ist die „moralische Abrüstung“, d. h. die innere Friedensbereitschaft in Frankreich, „eine Tatsache“, während sich in Deutschland „ein Zweikampfvollzieher“ zwischen dem kriegerischen Revanchegedankt und der friedlichen Arbeitsgestaltung, zwischen Racheschreibern und Demokraten, Herr Noblemaire will erst dann den Frieden Europas als gesichert ansehen, wenn „die deutsche Republik sich fester demokratischer Einrichtungen erfreue und bei sich zu Hause den endgültigen Triumph des Ideals der Gerechtigkeit, der Würde und der Freiheit verwirklicht haben wird“, das auch das Ideal des Völkerbundes ist.

Soweit Herr Noblemaire, dessen Besorgnisse nicht etwa nur vorgeltäuscht sind, sondern, —

so merkwürdig es für uns Deutsche klingen mag — von den meisten Franzosen geteilt werden. Dass auch die „moralische“ Abrüstung in Frankreich nicht ohne Gegner ist, zeigte einen Tag nach der Rede Noblemaires Georges Clemenceau, der greise Ministerpräsident des Krieges, der bei der Einweihung seines eigenen Denkmals in der Vendée eine Rede hielt, aus der alles andere als Friedensbereitschaft klang, freilich aber auch der Wunsch, dem jetzigen Regenten der Republik möglichst viel Schwierigkeiten zu machen. Das Land der Sieger hat seine Clemenceaus, die alles tun, um die Beweismittel für diejenigen deutschen Kreise zu liefern, die behaupten, dass den französischen Rache- und Vernichtungswillen kein Opfer des Besiegten zu stillen und zu beruhigen vermöge. Wenn Frankreich beansprucht, dass man es nicht nach den Reden eines Clemenceau beurteile, so kann Deutschland erst recht verlangen, nach seinen friedlichen Taten beurteilt zu werden und nicht nach den Auswüchsen einer Agitation, die sich in gleichem Masse gegen die friedliche innere Entwicklung, wie gegen die äussere Beruhigung wendet.

Deutschlands Entwaffnung

Dass die „Times“ sich dazu hergegeben haben, das alberne Märchen in die Welt zu setzen, dass Deutschland eine „heimliche Armee von 300 000 Mann“ unterhalte, ist kennzeichnend für die Tatsache, dass die Erhaltung und Schürung des Misstrauens offenbar zielbewusst betrieben wird, sei es im Interesse einer ganz bestimmten politischen Einstellung, die die Gesundheit Europas vereiteln möchte, sei es im Dienst privater Interessen. Von massgebender englischer Seite ist der „Times“-Erfindung entgegengetreten worden, und zwar auf Grund der Feststellungen der Entente-Kommissionen, die in Deutschland jede Patronensache und jeden Hufnagel untersucht haben. Bis zum 1. August 1921 ist nach diesen Feststellungen die Zerstörung von 53 000 Geschützen, 102 000 Maschinengewehren, 28 000 Minenwerfern, fast 6 Millionen Gewehren, über 30 Millionen Artilleriegeschossen erfolgt. Die materielle Abrüstung kann nicht vollständiger, buchstäblicher und genauer erfolgen. Was die „moralische“ Abrüstung betrifft, so kann sie nicht ausschliesslich das Werk der deutschen Entwicklung sein. Hier müssen die Gegner das ihre dazu tun. Je mehr das deutsche Abrüstungsbeispiel befolgt wird, desto sicherer ist die Evolution des Friedensgedankens im deutschen Volk, das genau wie es Herr Noblemaire in Genf von sich selbst gesagt hat, aus den Leiden des Kriegs den Wunsch ableitet: „Ich will das nie wieder sehen, und ich will das nie wieder tun“.

Dass die Erklärungen des französischen Vertreters in Genf einen so tiefen Eindruck machten, rührt wohl hauptsächlich daher, dass im vorigen Jahr für Frankreich Leon Bourgeois sprach, der damals die Möglichkeit einer Abrüstung für undiskutabel erklärte. Dass heute der Vertreter der französischen Regierung anders sprechen konnte, ist ein Beweis dafür, dass die Entwicklung in der Tat zu einer Abrüstung der Geister führt, trotz der Arbeit der Hetzpresse und trotz der Tätigkeit einer Kammer, in der Kriegs- und Friedensgewinner den Ton angeben. Offenbar macht sich das stärkste Element der französischen Politik, der französische Bauer, allmählich von der Angstpsychose, mit der man ihn verwirrt hat, wieder frei.

Die Debatte in Genf schloss mit der Annahme von Entschliessungen, die eine Kommission mit der weiteren Behandlung der Rüstungsbeschränkungen beauftragte. Als treibende Kraft steht hinter diesen Arbeiten die Finanzkrise und die Macht der Vereinigten Staaten, des grössten Gläubigers, der sicherlich über eine Stundung oder gar Streichung der Ententeverpflichtungen an Amerika nicht früher mit sich reden lassen wird, ehe der Hauptfaktor der Schuldenwirtschaft der Siegerstaaten, das Rüstungsbudget, eine entsprechende Verminderung erfahren hat.

Insofern bedeutete die Geste von Genf vor allem eine Verbeugung vor Washington.

Kein Rheinzoll mehr

Wirtschaftliche Einheit

Seit dem 1. Oktober ist die Rheinzollgrenze aufgehoben worden, jene besonders bösartige Zwangsmassnahme, die nach der ersten Londoner Konferenz beschlossen wurde, um Deutschland zur Unterzeichnung der ihm auferlegten Verpflichtungen zu bringen. Der Schaden, den diese Massnahme angerichtet hat, ist unabsehbar gross, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, das dadurch um Monate in der Wiederherstellung normaler Verhältnisse zurückgeworfen wurde. Wäre es nach dem Willen der deutschen nationalen Opposition gegangen, so wäre nicht nur die Zollgrenze verewigt und damit die wirtschaftliche Losreissung des linken Rheinufers herbeigeführt worden, sondern es wäre auch noch das Ruhrgebiet besetzt und Oberschlesien den Polen in die Hand gespielt worden. Es ist das Verdienst der Männer, die im Mai die Verantwortung auf sich nahmen, zum Londoner Ultimatum „Ja“ zu sagen, dass zunächst ein Stillstand in der Wiederherstellung des Kriegszustandes eintrat, eines einseitigen Kriegszustandes, der aber nicht minder gefährlich und schädlich war, und dass die Voraussetzungen geschaffen wurden, die jetzt wenigstens die wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reiches zurückbrachten. Gewiss ist die Erfüllung des Ultimatus, wie sie bisher versucht worden ist, ein mit den bisherigen Methoden der Volks- und Weltwirtschaft unlösbares Problem.

Gewiss hängt der Valutasturz in Deutschland und den Ostländern, zum mindesten teilweise, mit dem ethischen Versuch der Erfüllung zusammen. Aber dieser Valutasturz, der jetzt von den Deutschen national als Beweismaterial gegen die Regierungspolitik angeführt wird, wäre noch viel fürchtbarer gewesen, wenn das Ruhrgebiet besetzt worden wäre. Und in diesem Fall wäre das günstige Moment nicht eingetreten, das jetzt für uns spricht. Die Nichterfüllung hätte nirgends die Bahn frei gemacht für eine rein wirtschaftliche Erzwung, sondern allen Gewaltpolitikern die Möglichkeit gegeben, ihre Methoden noch einmal gründlich zu erproben. Die Politik der Erfüllung macht durch Schaden klug und zwingt auch die Gegner, mit uns die ganzen Fragen wirtschaftlich zu durchdenken und der Erkenntnis sich nicht länger zu verschliessen, dass die Reparation ein Weltproblem, nicht nur eine deutsche Angelegenheit ist.

Inzwischen reifen die Vereinbarungen zwischen Frankreich und Deutschland, die das Problem der Kriegsentschädigung in die aus-

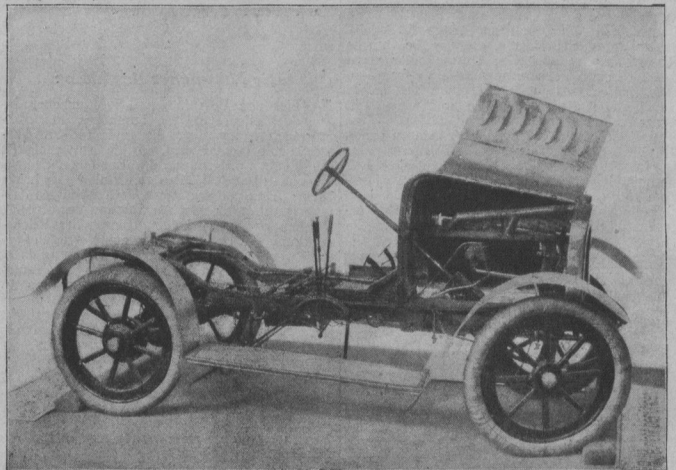
föhrbare Form von Lieferungen bringen sollen, ihrer Verwirklichung entgegen, und es finden sich bereits Stimmen in Frankreich, die ein derartiges Verhältnis zugleich als den Beginn einer politischen Entspannung würdigen.

Arbeitslosigkeit bei den Siegern

Vor dem Krieg hat der Amerikaner Norman Angell in seinem Buch „The great illusion“ die Behauptung aufgestellt, auch für den Sieger mache sich der Krieg unter keinen Umständen bezahlt, und er hat zu beweisen versucht, dass die Deutschen, wenn sie die Bank von England zu beschlagnahmen in der Lage wären, gar nichts Besseres tun könnten, als das Gold schleunigst zurückzubringen, weil die Störung der Weltwirtschaft ihnen weit mehr Schaden bringen würde, als die eroberten Millionen Nutzen. Was Norman Angell damals gesagt hat, ist von allen Fachleuten und Staatsmännern verachtet worden. Jetzt hat nicht nur der Kolonialminister Winston Churchill, sondern auch der Premierminister Lloyd George fast dasselbe gesagt und damit nur wiederholt, was der deutsche Aufbaumminister Rathenau auf der Industrietagung in München darlegte. Im besten Fall, so erklärte Rathenau, werde die deutsche Reparationsleistung so viel ausmachen, dass England jeden fünften Mann vor seinen Arbeitlosen damit über Wasser halten könnte. Lloyd George hat die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen gezogen, wenigstens theoretisch, indem er in einer grossen Rede in der schottischen Stadt Inverness die Stabilisierung der Valutaverhältnisse als wichtigste Aufgabe bezeichnete, zumal die Länder, deren Kredit am höchsten steht — nämlich die Vereinigten Staaten und Grossbritannien — am stärksten unter der Arbeitslosigkeit leiden.

Friede im Reich

Der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerebentfeld hat, gestützt auf die neue Koalition der Mitte — unter Ausschaltung der Rechtspartei — für die Vereinbarungen, die er mit dem Reichskanzler Dr. Wirth in Berlin abgeschlossen hat, die Zustimmung des bayerischen Landtages erzielt. Der bayerische Ausnahmezustand wird am 15. Oktober aufgehoben, nachdem bereits Ende September die Verordnung des Reichspräsidenten in einem Sinn abgeändert worden war, die den Landesregierungen weitergehende Rechte bei ihrer Anwendung gab. Die Vereinbarung zwischen Berlin und München hat weiter Sieger, noch Besiegte geschaffen.



Aus der Berliner Automobil-Ausstellung
Fahrgestell eines in französischer Gefangenschaft von Dipl.-Ing. Uhlich aus Konservendosen und Zigarrenkisten hergestellten Automobils. Es ist mit Talglicht und Blasrohr gelötet
Phot.: Sennecke